

# Graphische Stimmen

Organ des

Zentral-Verbandes chriftl. Arbeiter u. Arbeiterinnen

für das graph. Gewerbe.

Ercheint  
alle 14 Tage.  
Abonnementpreis  
1 Mark  
vierteljährlich.  
Für die Mitglieber  
durch die  
Zahlstellen gratis.

2. Jahrgang.  
Nr. 7.

Redaktion und Verlag: Köln-Ehrenfeld, Eichendorffstr. 70.

31. März 1906.

Anzeigenpreis:  
die 4ggl. Zeile  
20 Pfg.  
Für Mitglieder u. in  
Verbandsangelegen-  
heiten 10 Pfg.  
Für Postbezug:  
Postamt  
Köln-Ehrenfeld.

## Sozialpolitische Debatten im Reichstage.

Wenn wir uns auch in den christlichen Gewerkschaften nicht direkt mit der hohen Politik befassen, d. h. keine Parteipolitik treiben, so wäre es aber doch sehr gefehlt zu glauben, wir dürften uns als Gewerkschafter nicht um Politik kümmern; im Gegenteil, wir haben ein sehr großes Interesse daran, ob eine vernünftige Sozialpolitik getrieben wird oder ob man nur mit Schlagwörtern und Phrasen operiert und zum Fenster hinaus spricht, um die Massen zu fanatisieren. Die letzten sozialpolitischen Debatten sind für uns um so wichtiger, als dieselben Dinge berühren, die für uns Arbeiter im allgemeinen und als christliche Gesinnung im besonderen von Wichtigkeit und Bedeutung sind.

Der christliche Arbeiterabgeordnete Gissberts hat in den letzten Wochen sowohl in seinen Reden, als auch im Verlaufe der Debatten die Resultate der Sozialpolitik in den letzten Jahren als nicht sehr erfreulich bezeichnet und wünschte, daß die Aktionskraft sich mehr auf bestimmte spruchreife Fragen konzentrieren möge. Als solche Fragen bezeichnete er die Einführung des Maximal-Arbeitstages, die Regelung der Krankenkassenfrage, die er nicht unter dem Gesichtspunkte irgend welcher politischer Beeinflussung betrachtet wissen will. Er verlangt bei Krankenkassenwahlen das Proportionalwahlssystem usw.

Bezüglich der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine führte Referent folgendes aus:

Meine Herren, bezüglich der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine freuen wir uns sicher alle, besonders auch wir christlichen Arbeiter, daß sie endlich geregelt werden soll. Ich bin aber vollständig mit Herrn Kollegen Schad einverstanden, wenn er sagt, daß jede Einschränkung der Bewegungsfreiheit der gewerkschaftlichen Organisationen, wenn sie in dem Gesetz enthalten sein sollte, das Gesetz unzulässig machen würde. Könnten die gewerkschaftlichen Organisationen es nicht gebrauchen. Ich hoffe aber, daß dieses Gesetz von einem recht fortschrittlichen Geiste durchweht sein wird.

Bezüglich der Arbeitskammern sprach Gissberts:

Ich muß offen gestehen, ich bedauere nichts mehr, als daß gerade diese wichtige Frage so lange Zeit vernachlässigt worden ist. Ich will die Schulfrage nicht erörtern. Ich glaube an den guten Willen des Herrn Staatssekretärs, ich glaube auch an die Absichten, die er zu überwinden hat. Aber, meine Herren, die Vernachlässigung der Frage der Arbeitskammern macht sich in den wachsenden wirtschaftlichen Kämpfen heute unangenehm bemerkbar. Meine Herren, ich bin durchaus nicht der Ansicht, daß eine Arbeitskammer es vermöchte, alle wirtschaftlichen Kämpfe zu beseligen und auszumitigeln; aber sicherlich könnte durch eine Handhabung entsprechender Bestimmungen eine Basis geschaffen werden, auf der Arbeiter und Arbeitgeber friedlich miteinander verhandeln und ihre Ansichten austauschen könnten. Dann würden topische große Ausperrungen und Streiks zweifellos nicht so häufig sein und auch nicht so leichtfertig inszeniert werden. Ich bin überzeugt, hätten im verflochtenen Ruhrbergarbeiterstreik die Bergleute Gelegenheit gehabt, in einer solchen Institution ihre Wünsche und ihre Klagen vorzubringen, dann hätte es nicht bloß der fruchtlosen nachherigen Kommissionenuntersuchungen nicht bedurft; nein, meine Herren, man wäre vielleicht auch viel früher zu einer Verständigung gekommen und die ganze Katastrophe wäre nicht eingetreten.

Die Ausführungen bezüglich der Arbeiterausschüsse beschränkten sich zunächst mehr auf

die Vergesetzgebung und wurde diese Frage im Interesse unseres gesamten deutschen Wirtschaftslebens einer besseren Förderung empfohlen.

Wichtig für uns war die Frage des Koalitionsrechts. Hier, sagte der Referent,

haben wir es mit einem Zustand zu tun, der von den Arbeitern unangenehm empfunden, ja als ein Ausnahmezustand von ihnen empfunden wird — ich meine den § 153 unserer Gewerbeordnung. Dieser stellt Dinge unter Bestrafung, die teils, soweit berechtigt, auch schon durch das Strafgesetzbuch getroffen sind; auch da sie direkt hinter dem Paragraphen kommen, der den Arbeitern das Koalitionsrecht gibt, werden sie als ein Ausnahmsgesetz gegen das Koalitionsrecht aufgefaßt. Und die Art und Weise, wie der § 153 gehandhabt wird, gibt dieser Auffassung auch recht. Ich könnte Ihnen ein ganzes Bündel Akten vorlegen von Gerichtsurteilen; wenn man sie liest, schlägt man die Hände über dem Kopf zusammen und fragt, wie es möglich, daß solche Gerichtsurteile ergehen können?

Ich will einige Beispiele hierfür anführen. In Maaßen in einer Buchbinderei (Kupferdruckerei A. Heinricg, d. R.) bereiten die Arbeiter einen Streik vor. Lange vor Ausbruch des Streiks sagt der Auftragne des christlichen gewerkschaftlichen Gewerksvereins, wie das ja selbstverständlich bei jeder Organisation im Falle eines Streiks ist: wenn wir in den Streik treten, daß ihr aber auch alle mitmacht! — und zu den Arbeiterinnen: hört mal, wenn ihr nicht mitmacht, sollt ihr sehen, da gibt's was. Dies hat der arme Teufel zu fünf Arbeiterinnen gesagt; er wird schließlich dem Staatsanwalt denunziert und in allen drei Instanzen bis zum Oberlandesgericht hinauf mit 5 Tagen Gefängnis bestraft. Wer nun einmal die Luagangsformen der Arbeiter kennt, die nicht in Salons aufgewachsen sind und nicht jedes Wort auf die Waagschale legen, der weiß, was das bedeutet: wenn ihr nicht mitmacht, dann gibt's was. Die Arbeiterinnen — das bemerke ich hier ausdrücklich — haben diese sogenannte „Drohung“ garnicht ernst genommen. Sie sind auch in der Arbeit geblieben, haben sich garnicht gekümmert; aber trotzdem muß der arme unbedachte Mensch fünf Tage in das Gefängnis und als er ein Besuch an Seine Majestät den Kaiser machen will, sagt der Staatsanwalt, er könne das Gefängnis nicht beschleunigen. Ich muß gestehen: solche Dinge wirken derartig aufreizend bei der Arbeiterschaft, daß ein starkes christliches und nationales Bewußtsein dazu gehört — und das besitzen wir christliche Arbeiter glücklicherweise —, um nicht irre an seiner Ueberzeugung zu werden.

Schließlich kam Gissberts u. a. auf die christliche Arbeiterbewegung zu sprechen und führte dabei folgende Einzelheiten aus:

Vor allem begrüße ich es, daß wenigstens der Herr Staatssekretär unsere christliche Arbeiterbewegung denjenigen Leuten gegenüber in Schutz genommen hat, die sie als gefährlicher hinstellen als die Sozialdemokratie. Mein Kollege Erberger hat schon damals ausgeführt, daß die „Gefährlichkeit“ der christlichen Gewerkschaften jedenfalls darin bestünde, daß sie ihre gerechten Forderungen nicht auf Grund irgendwelcher revolutionären Programms vertreten, sondern auf Grund ihrer christlichen Grundfänge und der monarchischen Staatsbürgerrechte, die sie für sich in Anspruch nehmen. Gegen diese Bewegung kann man nicht die allgemeine Weibensart geltend machen: das ist sozialdemokratisch, das führt zum Zukunftsstaat. Ihnen gegenüber muß man mindestens in eine sachliche Prüfung der Angelegenheit eintreten.

Aber schon das geht dem modernen industriellen Herrmenschenentum zu weit. Deshalb ist ihnen auch die christliche Arbeiterbewegung verhasst, weil sie fürchten, daß dadurch in Deutschland eventuell eine Arbeiterbewegung geschaffen wird, der man die Vornahme nicht machen kann, welche man heute der Sozialdemokratie macht.

Gründlich rechnete G. mit den Herren Genossen bezügl. ihres „Neutralitätsstandpunkts“ innerhalb der Gewerkschaften ab. An der Hand äußerer zahlreichen und überzeugenden Materials wies er den „freien“ Gewerkschaften ihre wahre Tendenz nach und zeigte sie in ihrer wahren Gestalt. Einige für uns besonders wichtige Punkte sind folgende Sätze:

„Zu übrigen ist auch hinlänglich bekannt, daß eine ganze Reihe anderer Leute ehlich verurteilt haben, in den „freien“ Gewerkschaften mitzuarbeiten. Ich erinnere nur an Tischendörfer, der fast ein Jahrzehnt lang in ihren Reihen gestanden hat, sogar im Vorstand des Lithographenverbandes war. Er war nicht Sozialdemokrat und versuchte die Organisation ehlich neutral zu gestalten — aber er ist doch schließlich kampfesmlde geworden und brachte in einem recht pessimistischen Abschieds schreiben seine Ansicht zum Ausdruck: „daß ein nichtsozialdemokratisches Mitglied des Vereins, das sich pflichtmäßig betätigen will, weder auf die Ermäßigung der vollen Gleichheit, noch auch der gleichen Freiheit rechnen kann.“ Selbst die „Hilfe“, die sonst die Bewegung nach der neutralen Seite hin zieht, mußte schließlich anerkennen, daß die Neutralität in den „freien“ Gewerkschaften nur eine falsche sei. Tischendörfer ist gegangen, Borch von Gemeindearbeiterverband und Schmidt vom Buchbinderverband sind hinausgetrieben worden, nächstens folgt auch Reghäuser. In den „freien“ Gewerkschaften kann in führender Stellung kein Mann tätig sein, der nicht der sozialdemokratischen Partei Folge leistet und vor allen Dingen niemand, der es versuchen möchte, als Mitglied der „freien“ Gewerkschaften in führender Stellung einer anderen politischen Partei zu dienen.“

Durch verschiedene Beispiele wies G. auch nach, daß man sogar das neutrale Gebiet der Tarifgemeinschaften dazu benutze, andere Organisationen, besonders die Christlichen, hinauszudrücken.

U. a. wies er auf den Chemigraphentarif hin, wo sich Arbeitgeber und Arbeiter verpflichtet haben, a) nur Mitglieder aus dem sozialdemokratischen Verband der Chemigraphen zu engagieren und b) nur in Werkstätten „solcher“ tariftreuer Arbeitgeber Arbeit anzunehmen usw.

Im engen Rahmen unseres Gewerkschaftsblattes vermögen wir nicht auf alle, die sonst interessanten Einzelheiten einzugehen. Deshalb nur noch die Schlussbemerkungen des Referenten Gissberts:

„Nun noch einige Randbemerkungen nach einer anderen Seite hin. Ich habe schon betont, daß ich es freudig begrüßt habe, daß wenigstens der Herr Staatssekretär unsere christlichen Gewerkschaften gegen die unannücherten Angriffe seitens eines hervorragenden Industriellen in Schutz genommen hat. Nun hat aber Herr Graf Kautz darauf hingewiesen, daß die Sozialreform nicht das bewirkt habe, was man von ihr erhoffte, nämlich, daß die Sozialdemokratie zum Stillstand kommen würde. Das ist eine völlige Verkennung der Verhältnisse. Ich glaube, wir machen doch keine Sozialpolitik, wir schaffen keine Versicherungsgelege und kein Arbeiterausgesetz aus Furcht vor der Sozialdemokratie, sondern nur aus Gerechtigkeitsgefühl. Unsere ganze soziale Gesetzgebung ist im letzten Grunde auch nur das Produkt der Ermüdung, daß die Wirkände für die industrielle Arbeiterschaft so stark geworden sind, daß sowohl im Interesse des Staates, wie der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ein Eingreifen notwendig war, um die Arbeitsfreudigkeit und Arbeitskraft des Arbeiterstandes möglichst aufrecht zu erhalten.“

Wer nun behaupten wollte, all diese angeführten Punkte hätten für uns kein Interesse, dem müßten wir tatsächlich alles sozialpolitische Verständnis absprechen. Gerade für unseren Verband sind diese Ausführungen von großer Bedeutung, s. B.

Der Maximalarbeitsstag von 10 Stunden wäre für unsere Kollegen in der Papierindustrie von großer Bedeutung. Denn die 12-stündige Schichtdauer und die über 10-stündige Arbeitszeit usw. ist ein noch sehr wunder Punkt.

Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, der § 153 geht uns sehr nahe. Auch gewisse „Schranken“ beim Abschluß von Tarifverträgen, die nicht zulassen, ganze Gruppen von Arbeitern gegen ihre Ueberzeugung in sozialdemokratische

Verbände zu zwingen, dürften sicher gefühlvolle Erwägungen finden, zumal das letzte Tarifmandat des Senefelder-Bundes uns wieder einen sehr deutlichen Wink nach dieser Richtung hin gegeben.

Wohl sind wir der Meinung, daß nicht alles durch die Gesetzgebung gemacht werden kann und darf. Wir wollen auch gern zugeben, daß überall der Polzeiknüppel Wandel schafft. Aber wir sind der festen Überzeugung, daß Selbsthilfe und Staatshilfe sich gegenseitig ergänzen müssen, wenn von einer gedeihlichen Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse für die Zukunft die Rede sein soll. Darum nicht Phrasen und Schlagwörter, nicht übertriebene Forderungen, sondern auch hier gerechter Ausgleich. Dem Schwachen helfen, den Stärken nicht töten, das ist vernünftige Sozialpolitik und daran hat die christlich-nationale Arbeiterchaft das größte Interesse und sicher auch der Staat, die bestehende Gesellschaft und unsere deutsche Industrie.

## Note Kulturträger.

Für unsere Kollegen steht es längst fest, daß der oftmals barbarische Terrorismus unserer „freien“ Brüder seinen Nährstoff aus den Reihen der Führer erhält. Von welcher Qualifikation in moralischer Beziehung diese oft sind, dafür bietet neben all den anderen nachfolgender Vorfall ein bereites Beispiel.

Anfangs einer in Mühlhausen i. G. beabsichtigten Bewegung fand am 15. März eine gemeinschaftliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher, als bereits die Diskussion eingeleitet hatte, auch der Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Graf, erschien. Er kam nun gerade dazu, als der Beamte des christlichen Holzarbeiterverbandes, Kollege Köhler, seine Meinung zu dem geplanten Vorgehen äußerte. „Hingabte ich hier total betrunkenen Gewerkschaftsführer zum Wort und zog gegen die Christlichen von Leder. Obwohl er, wie er den Selbstzug einleitend bemerkte, nicht wisse, um was sich die Verhandlungen eigentlich drehen, müsse er sich doch ganz entschieden gegen die Ausführungen des christlichen Redners wenden. Es folgten aus die gemäßigtesten Verbürgungen gegen letzteren und die christliche Bewegung. Das Beste aber ist, daß sich der sozialdemokratische Vorkämpfer gezwungen sah, den Genossen Graf zu bitten, mit seinen Ausführungen zurückzutreten, da die Meinung des christlichen Redners auch auf ihrer Seite noch große Anhängerschaft habe. Tabacani! Eine solche geistliche Dienerge mußte natürlich gefügt werden und so kam es, daß dieser „große“ Held anstelle seiner abgemessenen geistigen Waffen seine bestfunktionierenden berben Fauste, dem Kollegen Köhler in die Rippen stieß, als dieser den Saal verließ. Eine halbe Stunde später schwankte dieser ..... Führer mit Begeisterung eines Freundes nach Hause.

Man steht, die Leutchen posien alle zusammen und ein Kollege in Mühlhausen meinte: „Der Ton macht die Melodie“.

Das Zielbewußtsein der Genossen in Baden zeigt sich zur Zeit wiederum in einem großen Lichte. Die christlichen Gewerkschaften entsalten durch ganz Baden eine großartige einheitliche Propaganda zur Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns, auf die wir nach deren Beendigung noch zurückkommen werden. Insgesamt werden rund 150 Versammlungen veranstaltet. Recht interessant ist nun das Verhalten der roten Brüder in den einzelnen Versammlungen. Während in Konstanz, Rastatt u. o. Orten dieselben für die beabsichtigte Eingabe stimmten, haben sie in anderen durch die Niederstimmung derselben ihrer grundsätzlichen Abneigung für Bekämpfung des Arbeiterlandes Ausdruck gegeben. Nach den bis jetzt eingelaufenen Berichten zu schließen, haben es aber doch die Genossen in der Umgebung von Mannheim am meisten getrieben. Dafür nur einige Beispiele.

In Wallstadt, wo dieselben mit einer öffentlichen Versammlung Handels gemacht hatten, äußerte der Einberufer der roten Versammlung bereits im Laufe des Nachmittags, daß, wenn er einmal einem die Karten schlage, es ihm auf 14 Tage nicht antomme. Hierauf wachte er in einer Wirtschaft über die Christlichen herzufallen und über diese zu schimpfen, was sich letztere verbaten. Hierauf verlegte der rote Held zwei Christliche mit dem Messer derart, daß noch nachts ärztliche Hilfe notwendig wurde.

In Raxau bei Karlsruhe wurde nach einer Versammlung von den roten ebenfalls eine Keilerei veranstaltet, wobei den Christlichen mit den Fäusten tüchtig zugesetzt wurde. Kollege Kremmer von Mannheim rettete sich nur vor solch brüderlichen Beneiden durch Rückzug. Nach einer Versammlung in Wienheim, in der die Christlichen über 100 Neuaufnahmen gemacht hatten, wurde ein Arbeiter, der seine Mannheim Kollegen zur Bahn begleitet hatte, von einem Genossen angefallen und in skandalöser Weise mißhandelt.

In Waldhof erklärten sich die Genossen gegen die Eingabe um Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns und inszenierten einen großen Tumult.

In Friedrichsfeld wurde nicht nur randolziert, sondern auch der Vorkämpfer blutig geschlagen und gegen den Referenten Weidenheimer in Mannheim, ein Badstein geschleudert, der glücklicherweise sein Ziel verfehlte.

Auch in Schwetzingen verurteilte man durch Loben und Schelten den Zweck der Versammlung zu vereiteln.

In Neckarhausen stimmten die Genossen, durch einen Mannheimler Anführer scharf gemacht, ebenfalls gegen die Eingabe.

Auch von Hemsbach und Sandhofen liegen ähnliche Resultate vor.

Auch für Mannheim hatten die Genossen einen ähnlichen Schlag beabsichtigt. Dank der guten Disziplin der christlichen Arbeiter wurde der saubere Plan aber vereitelt, da zur festgesetzten Stunde letztere den großen Saal des Verharbushauses nicht besetzt hatten. Der insipidale Versuch dieser Versammlung war neben der Kundgebung für eine Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns gleichzeitig eine solche gegen das lächerliche Benehmen der Genossen in der vergangenen Zeit.

Die ganze Wut der letzteren ist übrigens dadurch erklärt, daß einerseits die christlichen Verbände in hiesiger Gegend allmählich einen aufschlaggebenden Einfluß gewinnen, andererseits die christlichen durch die Veranstaltung einer für die Arbeiter so wichtigen Bewegung den Genossen zuvorgekommen sind. Wir können unser Urteil mit dem des „Mannheimer Volksblatts“ vereinigen, das in dieser Sache schreibt:

„Die Genossen haben an all den genannten Orten gezeigt, daß es ihnen Verhabs ist, ob für den Arbeiter praktische Arbeit geleistet wird oder nicht. Wenn nur das Parteivorteil gewahrt bleibt, ob der Arbeiter dabei zu Schaden kommt, sieht die Herr nichts an. Ein Ruhmesblatt haben sich die Führer der Genossen mit ihrem Vorgehen gegen die Bewegung nicht erworben, denn sie haben damit aufs neue dokumentiert: 1. ihre Abneigung gegen jedwede positive Arbeit, 2. auf welch hohes Niveau ihre Bildungsbestrebungen den Arbeiter heben und 3. daß die besten Vertreter von Terrorismus und Unabstämtheit sich in ihrem Reich befinden.“

**Die Wahrheit nur den Genossen gegenüber,** ist noch klug, sozialdemokratischer Grundsatz.

Bereits wie in der letzten Nummer unseres Organs, auf einen Artikel der „freien“ Buchbindergewerkschaft hingewiesen, wo dieselbe in einem Artikel „Ehrender Brief“ darüber klagt, was man im dortigen satz. Gesellenverein die Mitglieder vor die Alternative stellt:

„Entweder aus dem Verband oder aus dem Gesellenverein“ und fragt dabei: „ob es denn nicht christlicher und moralisch richtiger wäre, mit seinem Nebenmenschen einig zu sein?“

Die freie Buchbindergewerkschaft hat aber verschwiegen, daß die Mitglieder, nur aus dem „freien“, sprich sozialdemokratischer Verband austraten sollen. Sie hat ferner verschwiegen, daß die Mitglieder des satz. Gesellenvereins sogar aufgesperrt wurden, dem Verband beizutreten, jedoch selbstverständlich dem christlichen. Jedenfalls wolle man den Anschein erwecken, als ob die Gesellen sich überhaupt keinem Verbands anschließen dürften. Was der 2. Satz betrifft, so fragen wir den Kollegen Köhler, ob er denn nicht weiß, daß auch der christliche graphische Verband sich zum Ziele gestellt hat, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Der Artikelredner gibt hier zu unbewußt zu, indem er von den Erfolgen bei der Firma Treubert u. Koenen berichtet. Er verschweigt jedoch, daß hier der christlich-graphische Verband gemeinsam mit den „freien“ vorgegangen ist. Was die Störung der Einigkeit anvertrifft, so ist, wie auch hier bereits berichtet, sowohl das Thema in einer Gewerkschaft über „Gottes- oder Aberglaube“ von E. G. G. „Weisheit“, sowie der Terrorismus des Buchbinderverbands gegen den langjährigen Redakteur Schmidt der Buchbindergewerkschaft hergestellt, wer die Einigkeit untergräbt. Also — nicht wir treiben Terrorismus und Spaltung, sondern der „freie“ Verband. Deshalb sollten die christlich denkenden Kollegen einschreiten lernen, wo sie einzig ihre Lage verbessern können und wo für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse gefordert wird. Also nicht länger jögern, die Reihen immer enger schließen, der christlich-graphische Verband muß seine Mitgliederzahl noch vielfach vermehren. T. t.

## Das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften und der konfessionellen Arbeitervereine zueinander.

Ueber dieses Thema referierte am Samstag, den 10. d. Mis., in der Jahreshalle Köln unser Mitglied Kollege Schulz. Da die Ausführungen des Referenten wohl in allen Kollegentreisen Interesse erwecken dürften, so geben wir hiermit die Hauptleitsätze des Vortrages wieder:

Bei dem ersten Eindrucke der christlichen Gewerkschaften einerseits und die konfessionellen Arbeitervereine andererseits genommen, sei es heute möglich, an Hand ihrer bisherigen Tätigkeit zu unterscheiden, ob beide Korporationen das sind, was man von ihnen verlangen kann, nämlich: zwei an sich getrennte, in ihren Bestrebungen aber übereinstimmende Faktoren. Deshalb sei es erforderlich, in kurzen Umrissen ihre persönliche, wie auch ihre gemeinsame Tätigkeit sich vor Augen zu führen.

Ueber die Aufgaben der christl. Gewerkschaften führte Referent etwa folgendes aus:

Da die christl. Gewerkschaften, weil sie interkonfessionell und unpolitisch sind, sich mit religiösen und parteipolitischen Fragen nicht befassen, so liegt ihre Hauptarbeit auf dem wirtschaftlichen Gebiete. Sie erstreben die für den Arbeiter so notwendige Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse durch günstige Arbeitsverträge und Festlegung in Tarifen, den Ausbau der Unfallversicherungs-vorschriften und deren strikte Innehaltung, um den Arbeiter vor den Gefahren seines Berufes zu schützen. Des ferneren ist ihr Bestreben, eine angemessene Verfürgung der Arbeitszeit zu erreichen, damit der Arbeiter sich mehr seiner Familie widmen kann, daß er Zeit gewinnt für seine Fort- und Ausbildung auf dem wirtschaftlichen und außerhalb der Organisation auch auf dem politischen Gebiete.

Dieses Ziel erstreben die christl. Gewerkschaften auf der Grundlage des Christentums und der Gerechtigkeit.

Auch scheiden sie durchaus nicht vor dem letzten Mittel des Streiks zurück, wenn es notwendig erscheint, ihre gerechten Forderungen durchzusetzen. Im Gegensatz zu den „freien“ (sozialdem.) Gewerkschaften stehen sie nicht auf dem Boden des traffen Klassenkampfes — des Kampfes um des Kampfes willen —, sondern suchen nach Möglichkeit ihr Ziel auf friedlichem Wege zu erreichen, um Kämpfe, die beiden Beteiligten sowohl wie auch der Allgemeinheit große Verluste bringen, nach Möglichkeit zu vermeiden und so schwere wirtschaftliche Schäden hintanzuhalten.

Zu den konfessionellen Arbeitervereinen übergehend, betonte Referent, daß die Aufgaben der Arbeitervereine zahlreicherer Natur seien, als die der christlichen Gewerkschaften.

Die Hauptaufgabe der ersteren liegt hauptsächlich darin, bei ihren Mitgliedern die Religion und das religiöse Leben zu stärken und zu fördern. Die Mitglieder durch Aufklärung und Schulung in den Besammlungen und Unterrichtsreisen zu befähigen, den Angriffen der ungläubigen Högner, insbesondere der Sozialdemokratie, auf Religion und Kirche entgegenzutreten. Ferner dieselben zu stärken in der treuen Pflichterfüllung und dem öffentlichen Bekenntnis ihrer Religion. Außerdem ist es eine eminent wichtige Aufgabe, die Arbeiter aufzuklären und zu begeistern für ihre sozialen und politischen Forderungen. Durch planmäßige und eifrige Arbeit wird hier den Mitgliedern nahegelegt, daß Wissen eine starke Macht bedeute, die dem Arbeiter das Bewußtsein verleiht, als gleichberechtigter Faktor im öffentlichen Leben anerkannt zu werden, ihm aber auch zugleich zu Gemüte führt, diese seine Macht auf legitimen Wege zu benützen und nicht zu der Kampfesfrage: Du oder ich! zu gestalten.

Hieraus ergibt sich von selbst, daß beide Korporationen — christliche Gewerkschaften und konfessionelle Arbeitervereine — viele gemeinsame Interessen haben. Die ersteren hatten den Vorteil, daß die Arbeitervereine schon älteren Datums gegenüber den christl. Gewerkschaften sind, daß die Mitglieder, die der Gewerkschaft beizutreten, in den Arbeitervereinen schon vorgebildet waren und daraus erklärt sich auch, daß die meisten älteren Gewerkschaftsmitglieder auch schon langjährige Mitglieder der Arbeitervereine sind. Deshalb haben beide — christl. Gewerkschaften und Arbeitervereine — so viele gemeinsame Ziele: Aufklärung und Schulung des Arbeiters, hier wirtschaftlich und sozial, dort religiös und politisch. Sie ergänzen sich in ihren Aufgaben und Bestrebungen gegenseitig; deshalb ist es auch naturgemäß, daß unsere Arbeiter sich beiden Korporationen anschließen, um sich zu stärken in dem Kampfe gegen die religiösen, politischen und wirtschaftlichen Angriffe seitens der Sozialdemokratie und den mit ihr identifizierten „freien“ Gewerkschaften.

Unter der Devise: Nicht allein durch die Macht der Masse, sondern auch durch das Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung wollen wir alles daran setzen, unsere Arbeiter in beiden Korporationen zu guten, christlichen und auf nationalen Boden stehende Kämpfe zu erziehen, damit sie die Aufgaben unserer Zeit erfüllen und durch Frieden und gegenseitiges Entgegenkommen dazu beitragen, das Ruhmesblatt der christlichen Gewerkschaften und der Arbeitervereine zu einem strahlenden Stränge in der Arbeiterbewegung zu machen.

Verhätter Verfall wurde den Referenten zuteil und die sich anschließende Diskussion ergab, daß die Ausführungen allseitig gut verstanden und als berechtigt anerkannt wurden.

[Deshalb können wir dem auch zustimmen, daß sowohl in den Gewerkschaften einerseits, wie in den Arbeitervereinen andererseits dafür Sorge getragen wird, daß die Arbeiter sich in beiden Korporationen betätigen; dadurch wird mancher Kollege noch weiter aufgeklärt über das Tun und Treiben der Genossen beim „freien“ Gewerkschaften. T. T.]

## Mundschau. Lehrverträge.

Bei dem bevorstehenden Uebertritt vieler junger Leute von der Volksschule in das Handwerk seien alle, die mit jungen Leuten in Verbindung kommen darauf aufmerksam gemacht, daß in Ausführung der Gewerbeordnung die Handwerkskammern besondere Vorschriften erlassen haben, die bei der Begründung eines Lehrverhältnisses beobachtet werden müssen. Zunächst hat nicht jeder Handwerker die Befugnis zum Halten und zum Anleiten von Lehrlingen, sondern der hierzu gesetzlich berechtigt ist. Diese Berechtigung hat im allgemeinen regelmäßig nur der Handwerker, der das 24. Lebensjahr vollendet, eine mindestens dreijährige Lehrzeit zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden hat. Ausdrücklich sei hier darauf aufmerksam gemacht, daß dem Lehrverhältnis ein schriftlicher Lehrvertrag zu Grunde gelegt werden muß, der dem von den Handwerkskammern aufgestellten und vom Minister genehmigten Formular zu entsprechen hat. Der Lehrvertrag ist in drei Exemplaren abzuschließen, von denen je eines die vertragschließende Teile erhalten, das dritte aber an die Handwerkskammer zum Zweck der Eintragung in die Lehrlingsrolle zu senden ist. Gehört der Lehrmeister einer Innung an, so erhält diese das dritte Exemplar. Das Auserklären dieser Bestimmungen wird mit Geldstrafe geahndet. Es sei deshalb allen Beteiligten empfohlen, sich genau die gesetzlichen

Bestimmungen über das Verhängniswesen im Handwerk anzusehen und sich in Zweifelsfällen bei dem Innungsvorstande oder den zuständigen Handwerkskammern bzw. Abteilungen Auskunft zu holen, um sich vor Schäden zu bewahren. Ein trauriges Beispiel wie es einem bei Nichtbeachtung dieser Vorschriften gehen kann, wird uns aus Willhausen i. E. berichtet:

Ein Buchbindermeister nimmt 2 junge Leute an als Lehrlinge, macht aber keinen Vertrag. Die Lehrlinge erhalten die drei Jahre 40 und 50 Bfg. den Tag. Als der Polizeikommissar den Betrieb revidiert, werden die Lehrlinge angewiesen, sich als Arbeitsjungen zu bezeichnen. Das sei ganz dasselbe! Bei Verdingung erhalten die jungen Leute nur eine Bescheinigung, daß sie 3 Jahre dort tätig gewesen sind.

Nun wollte ein Kollege sein Gesellenstück machen, und wird jetzt gewahrt, wie der „Herr Meister“ sie hintergangen hat. Im übrigen halten wir das unbedingte Verlangen der Handwerkskammer nach einem Lehrbrief für etwas rückständig. Warum soll man einem jungen Manne, dem in obengeschildeter Weise mitgespielt wurde, die Folgen sein ganzes Leben spüren lassen. Hilft ein Kollege die Fähigkeit in sich, sein Gesellenstück zu machen, so sollte man ihn ruhig zulassen, ob er etwas kann, muß ja das Geman ausweisen. Bei dem jetzigen Verfahren hat der Betroffene allein die Folgen zu tragen.

Die Ausbreitung der Tarifbewegung kommt recht deutlich zum Ausdruck in den soeben erschienenen Jahresberichten der bayerischen Gewerbeaufsichtsämter für das Jahr 1906. Von allenthalben wird der neue Aufschwung beim die Erneuerung bestehender Tarifverträge gemeldet, die besonders aus dem Bestreben der Arbeiter, die Arbeitszeit zu verkürzen, hervorgehen und zugleich mit einer solchen Lohnerhöhung, Festsetzung von Mindestlöhnen nach Alter und Leistung, der Vergütung von Überstunden für Nacht- und Sonntagsarbeit etc. bringend. Der Beamte für den Bezirk Oberbayern konstatiert das Bestehen von Tarifverträgen allein für 16 Branchen in seinem Bezirke. Sein Urteil über dieselben lautet:

Soweit die Stimmung der beteiligten Arbeitgeber bekannt ist, werden die Tarifverträge auch von diesen Kreisen vielfach anerkannt beurteilt. Fälle von Tarifstreik sind selten; es ist nur ein solcher bekannt geworden, und zwar hatte im Frühjahr 1906 das Gewerbegericht München Veranlassung, einen Arbeitsausstand im Stützwandbau als Tarifstreik zu erklären. Daraus erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit und später einigen sich Meister und Gehilfen zu einem neuen Tarife.

Und in den dem Jahresberichte beigegebenen Erhebungen über die wirtschaftliche Lage der gewerblichen Arbeiter Bayerns erklärt derselbe Beamte:

Im ganzen läßt sich sagen, daß die Tarifverträge in den letzten zwei Jahren sehr wesentliche Fortschritte gemacht haben, was angeht das günstigen Einflusses, den derartige Vereinbarungen im allgemeinen auf das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben, nur begränzt werden kann.

Das demgegenüber auch auf Seite der Arbeitgeber bzw. deren Vertreter nicht immer im Geiste der Tarifverträge gehandelt wird zeigt ein Beispiel aus der Oberpfalz, wo bei einer Tarifforderung rein „willkürliche Abänderungen der Arbeitsbedingungen“ vorgenommen wurden. Der Beamte für Niederbayern konstatiert für seinen Bezirk das Bestehen von Tarifverträgen für 5 Industriezweige, derjenige für die Pfalz in 7 — hier wurden 2 Tarifverträge durch Vermittelung des Gewerbegerichts abgeschlossen — etc. In den eben genannten Erhebungen heißt der Beamte für Niederbayern fest, daß „die Einführung von Tarifen sich infamieren bewährt hat, als Arbeitsförderungen längerer Dauer unterblieben sind und bessere Zustriedenheit unter den Arbeitern herrscht.“ In der zusammenfassenden Einleitung zu den Einzelberichten wird bedauert, daß bei dem Aufstandkommen der Tarifvereinbarungen die Arbeiterausschüsse leider nicht mitgewirkt hätten, obwohl gerade sie die eigentlichen berufenen Vertreter der lokalen Interessen ihrer Mitarbeiter wären. Diese Gleichgültigkeit und schwache Stellungnahme der Ausschüsse dürfte nicht geeignet sein, das Vertrauen der Arbeiter zu den von ihnen gewählten Vertretern zu stärken. — Dazu ist wohl zu bemerken, daß, soweit es sich um Vereinbarungen in einem einzelnen Betriebe handelt, diese Klage vollaus berechtigt ist. Wo jedoch solche Vereinbarungen eine Reihe von Betrieben umfassen, treten naturgemäß die Arbeiterausschüsse hinter den gewerkschaftlichen Organisationen als Kontrahenten zurück, das schließt aber nicht aus, daß die Arbeiterausschüsse auch hier in nebenstehenden Dingen eine nützliche Rolle spielen können.

Im übrigen dürfte aus der Lage der Gewerbeaufsichtsbeamten hervorgehen, daß die Arbeiter entweder

nicht die richtigen Leute in die Ausschüsse gewählt haben, oder daß diese infolge Drucks von oben nichts zu sagen wagen. Abgesehen hiervon legen die Berichte der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten wieder Zeugnis davon ab, daß der Tarifgedanke marodiert. Möge man überall darauf die betreffende Lehre ziehen!

**Reichsdruckerei und Tarifgemeinschaft.** Beim Etat der Reichsdruckerei bemängelte es der sozialdemokratische Abg. Fischer-Berlin, daß die im Buchdruckgewerbe geltende Tarifgemeinschaft von der Reichsdruckerei, die der Reichspost- und Telegraphenverwaltung untersteht, nicht anerkannt werde. Er führte auch Beschwerde über Verlängerung der Arbeitszeit, Wohnkauterei und Maßregelung von beschwerdeführenden Arbeitern. Das alles schied sich nicht für eine Anstalt, die für das gesamte Buchdruckgewerbe ein Musterbetrieb sein sollte.

Staatssekretär Staette erkannte zwar die Tarifgemeinschaft als etwas sehr Gutes an; sie sichere den Arbeitern angemessene Löhne, beutete die Schmugkonkurrenz und regule das Verhältnis zwischen Weislingen und Lehrlingen. Aber was in dieser Beziehung für Privatbetriebe empfehlenswert sei, schied sich nicht für ein Staatsinstitut, das nicht in Angelegenheiten kommen dürfe, die durch Meinungsverschiedenheiten zwischen Unternehmern und Arbeitern entstehen könnten. Die Reichsdruckerei habe Banknoten und Kassenheime und Druckereizugnisse von zum Teil enormem Wert herzustellen und müsse auch in kritischen Zeiten, z. B. im Fall eines Krieges, über ein Arbeiterpersonal verfügen, welches nicht von der Arbeiterorganisation abhängig ist und fremden Befehlen gehorcht. Die Reichsdruckerei gestatte Arbeiterausschüsse und solche tarifmäßige Ethne und noch mehr. Ein Unrecht für einen Arbeiter, dauernd in der Reichsdruckerei beschäftigt zu werden, gebe es nicht.

Der Zentrumsgewerkschafter Dr. Marcour bedauerte die Nichtanerkennung der Tarifgemeinschaft, die doch dem sozialen Frieden diene. Die Staatsbetriebe seien in ihrem Fortbleiben von gewerblichen Vereinbarungen nicht konsequent, da sie z. B. den Syndikaten beizutreten pflegten. Im übrigen gab der Sprecher des Zentrums zu, daß die Reichsdruckerei gute Ethne zahle und auch gute Wohlfahrtsanordnungen besitze.

Der freisinnige Abgeordnete Kopsch trat diesen Ausführungen im wesentlichen bei und meinte, es scheinen Arbeiter entlassen worden zu sein, weil sie von ihren Beschwerdereicht Gebrauch gemacht hätten.

(S. v. Pragis).

**Der Arbeitsmarkt im Februar 1906.** (Aus dem Reichs-Arbeitsblatt Nr. 3.) Die Besetzung des Arbeitsmarkts im Monat Februar ließ sich überwiegend günstig an. In diesem Ergebnis trug eine Reihe von Faktoren bei, unter denen ebenso wie bereits im Januar der bevorstehende Eintritt der neuen Vollverhältnisse am 1. März, welcher in der Industrie sich in verstärkter Voraussetzungen geltend machte, besonders hervorzuheben ist. Daneben wirkte die milde Witterung, welche die Arbeiten im Freien während des ganzen Monats gestattete, im günstigen Sinne auf das Baugewerbe und seine Hilfsindustrie ein, so daß die Frühjahrsbelegung in diesem Jahre, wenigstens in Norddeutschland, in diesen Gewerben früher einsetzte als sonst. Der lebhafteste Gang der Industrie kam im Februar in der starken Nachfrage nach der Produktion des Kohlenbergbaus, der voll beschäftigt war, zum Ausdruck. Ebenso hatten die Metall- und Maschinenindustrie, die elektrische, chemische und Textilindustrie, zum Teil mit Rücksicht auf die bevorstehende Aenderung der Vollverhältnisse, angestrengt zu tun. Im übrigen waren in einer Reihe von Gewerben (Konfektionsindustrie, Buchdruckgewerbe und andere) die Saisonverhältnisse von ausschlaggebender Bedeutung, die entsprechend der Jahreszeit zum Teil zu einer Zunahme, in einer Reihe von Gewerben zu einer Abnahme der Arbeitsgelegenheit führten.

Die Beschäftigungsziffer bei den das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen stieg um 45 119 Personen. Es ist das erheblich weniger als im Vorjahre (118 693). Diese Tatsache erklärt sich daraus, daß in diesem Jahre infolge der günstigen Witterung im Monat Januar bereits im Januar eine starke Zunahme der Beschäftigungsziffer eintrat, was im Vorjahre nicht der Fall war.

Die Vermittlungsergebnisse der Arbeitsnachweise scheinen ebenfalls daraus hinzudeuten, daß die Lage des Arbeitsmarkts, soweit sie an diesen Stellen zum Ausdruck kommt, sich im Februar im allgemeinen nicht unvorteilhaft gestaltet hat.

Die Papierindustrie hatte überwiegend noch stark zu tun bei teilweise stottem Geschäftsgang. Im Großhandel laute gegen Ende des Monats die Nachfrage etwas ab, blieb aber sonst befriedigend. An geeigneten Arbeitern war teilweise Mangel, auch wurden vereinzelt Lohnerhöhungen bewilligt. Für die Luxuspapierfabrikation war die Lage normal und gegen den Vormonat nicht schlechter. In Druck- und satinierten Papieren war die Beschäftigung anhaltend gut. Der Bedarf an Arbeitern überstieg hier teilweise das Angebot. Gut zu tun hatte die Pack- und Tütenpapierfabrikation, gleicher Geschäftsgang wie im Jahre 1905 herrschte in der Kartonnagenbranche, wo für Osterbedarfsartikel gearbeitet wird. In der Großbuchbinderei machte sich ein Ueberschuß an Arbeitskräften bemerkbar.

Im Buch- und Kunstdruck war die Arbeitslage nach den vorliegenden Berichten eine zufriedenstellende. In den Betrieben, welche überwiegend Kataloge herstellen, war verschiedentlich Leiharbeiter nötig. Vereinzelt bestanden Schwierigkeiten, Arbeitskräfte zu erlangen, da das Angebot schwächer war als sonst. In der Zeitungsdruckerei wies der Geschäftsgang eine Besserung gegen den Vormonat auf.

Der Beschäftigungsgrad der Offenbacher Portfeuille- und Sattlerwarenfabrikation war besser als im Januar und im Vorjahre. Ein Ueberangebot von Arbeitskräften war nicht vorhanden.

## Aus der Papierbranche.

**United Box Board and Paper Co. in Jersey City, N. Y., V. St. v. Amerika.** Diese Gesellschaft, welche den gemeinsamen Verkauf der Erzeugnisse einer großen Anzahl von Schachtelpapierfabriken besorgt, veröffentlichte dieser Tage ihren Geschäftsbericht. Danach ist im Vergleich zum Vorjahre der Rohgewinn um mehr als 1 200 000 Mt. zurückgegangen, während die Verwaltungsausgaben um rund 150 000 Mt. zunahm. Der Ueberschuß beträgt rund 300 000 Mt., gegen rund 1 Mill. Mt. im Vorjahre.

**American Writing Paper Co. in Holyoke, Mass., V. St. v. Amerika.** Diese Gesellschaft, welche aus der Vereinigung von etwa 30 Feinpapierfabriken entstanden ist, veröffentlichte vor kurzen ihren Bericht über das Geschäftsjahr 1905. Danach ist der Rohgewinn im Vergleich zum Vorjahre um 1 200 000 Mt. auf 4 200 000 Mt. zurückgegangen. Hieron wurden 3,4 Mill. Mt. zur Vergütung von Schuldverschreibungen, 860 000 Mt. für allgemeine Unkosten ausbezahlt und 400 000 Mt. zu Abschreibungen vermandt, sodas noch 1 Mill. Mt. als Gewinn vorgetragen werden konnte. Da aus dem vorigen Jahr ein fast ebenso großer Gewinn übernommen worden war, ist der Reingewinn des Jahres 1905 fast gleich null. Das Aktienkapital der Gesellschaft besteht aus 50 Mill. Mt. Vorkursaktien und 46 Mill. Mt. Stammaktien, wozu noch rund 70 Mill. Mt. Schuldverschreibungen kommen.

**Unfall.** In einer Hartpapierwarenfabrik in Bera (Neuh.) kam der Arbeiter Dimmler mit der rechten Hand zwischen die Zahnäder einer Maschine, wobei er sich eine starke Quetschung zuzog, die ihn längere Zeit arbeitsunfähig machen dürfte. (G. G. G. G. G.)

**Struncken.** Bei der Seidenpapierfabrik in Gisingen, Württemberg, wurde der 34 Jahre alte Papiermacher Joh. Struncken tot aus dem Mühlstall gezogen. Da er ein lebensfroher, fleißiger Mann war, gilt Selbstmord als ausgeschlossen, und die Untersuchung muß ergeben, ob Unfall oder Verbrechen vorliegt.

**Heimarbeit in der Papierverarbeitung.** Die deutsche Heimarbeit-Ausstellung in Berlin 1906 hat die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Heimarbeiter gelenkt. Die Veranstalter dieser Ausstellung ließen Stichproben erheben, deren Ergebnis in der Schrift „Heimarbeit und Haus-Industrie in Deutschland“ niedergelegt wurde. Einer der Verfasser dieser Schrift, Dr. H. Heiß, berichtet darüber in „Reichs-Arbeitsblatt“ u. a. folgendes:

Der durchschnittliche Stundenverdienst von männlichen Heimarbeitern der Buchbinder in Berlin schwankt zwischen 18 und 216 Bfg. oder der Wochenverdienst zwischen 11, 48, 60, 81 und 133,60 Mt. In den zuletzt genannten Fällen handelt es sich immer um Zwischenmeister, die mit mehreren Hilfskräften arbeiten. Aber auch für solche Zwischenmeister sind Wochenverdienste bis herab zu 16,80 Mt. nachgewiesen. Die Frauenverdienste bewegen sich in Berlin in den Grenzen von 10 bis 16,20 Mt., in Brandenburg betragen sie dagegen bei Kleinstarbeitern 6 und 6,00 Mt. In Jagarettenfabriken werden in Dresden 6—7, 8,50, 9, 10,20, 12 und im Maximum 13,50 Mt. verdient, in Eisenberg bei der Herstellung von Schacheln aller Art in 60 Stunden 3,80, 4,80, 5,85, 6, 6,80, 7,60, 9 und im Maximum 12 Mt. Dazu wird allgemein bemerkt: „Alle zur Familie gehörigen Kinder arbeiten mit. Der Zuschnitt wird von der Fabrik geliefert. Die Arbeit wird von Frauen fertiggestellt. Der durchschnittliche Verdienst ist 20 Mt. im Monat; davon gehen ab: 5 Bfg. Wein zu 18—30 Bfg., für 5 l Spiritus zu 45 Bfg. = 2,25 Mt., so daß ein Reinerwerb von 16,85 Mt. im Monat bleibt. Der Arbeitsraum dient gleichzeitig als Schlafraum und im Winter als Küche.“ In Offenbach werden an Parfümeriefabriken in 64 Stunden 10 Mt., in Rathenow an Brillenfutteralen in 66 Stunden von einer ganzen Familie unter Mitarbeit von Frau und Kindern 20 bis 25 Mt., in Stuttgart an Papiertüten, Patronenfahnen und Apothekerschachteln in 60 Stunden 7,20, 7,80, 9 und 10—12 Mt., in Würzen an Etuis und Scherzartikeln in 75 Stunden 4,20, 5,10, 5,48, 6,30, 7,42, 7,80, 12, 18,50 und 14 Mt. verdient. Die Arbeiter klagen über langes Warten auf Arbeit. Bei den vom Gewerksverein der Heimarbeiterrinnen ausgesetzten Gegenständen werden verdient an Hauslegen in Berlin in 90 Stunden 6,00 und 7,20, an Ätzen in Kassel in 80 Stunden 4,00 und 5,52, in Frankfurt a. M. in 86 Stunden 2,10—5,40 Mt. und in 67 Stunden 5,70 und 6,84 Mt. Beim Wischen einer großen Sorte von Bonbons werden in Frankfurt a. M. in 88 Stunden 9 Mt., bei einer kleineren Sorte in der gleichen Zeit aber nur 1,86 Mt. verdient.

## Allgemeines.

**Sozialdemokratisches Spielzeug.** Ein wirklich sozialistischer Denker ist ein sozialdemokratischer Arbeiter, Genosse Flügge, der in der wissenschaftlichen Wochenschrift der Sozialdemokratie, der „Neuen Zeit“ (Nr. 25) seine Meinung über die Erziehung der Arbeiterkinder äußert. Tief empört ist er darüber, daß sonst überzeugte Genossen ihren Kindern als Spielzeug — Soldaten und hölzerne „Mordwerkzeuge“ schenken. Entrüster führt er aus: „Mit dem hölzernen Gewehr, dem Säbel ist der Vater in das Gemüt seines Kindes Hoheit und Verachtung des Menschlebens; er sorgt so mit Fleiß dafür, daß sein Junge vielleicht einmal später mit Hiesigkeit auf die eigenen Familienangehörigen schießt. Würde nun derselbe Vater seinem Kinde hundemal die Diederichs-Umbrednerzeuge und anstatt Weisoldaten bei der Arbeit tätige Arbeiter zum Spielzeug kaufen? Das wäre ungeheuerlich; ein solcher Vater wäre ein Rabenauer, die Kinder würden ihm abgenommen und in Fürsorgeerziehung gegeben werden. Aber ein Vater, der seinem Jungen durch Geschenke die ersten Begriffe des Massenmords beibringt — ein solcher Vater ist auch in der organisierten

Arbeiterchaft noch eine alltägliche Erscheinung." Dreifach heißt es dann am Schluss: "Wir brauchen noch viel sozialistische Leute!" Der Mann hat entschieden Recht! Es wäre jedenfalls eine in den sonstigen Rahmen der sozialdemokratischen Parteitage fallende nützliche Aufgabe, einmal parteiamtlich festzustellen, welches Spielzeug den sozialdemokratischen Führern in die Hand gegeben werden darf, ohne daß ihrer Erziehung zu konsequent denkenden Proletariern geschadet wird. Jedenfalls ließe sich die Reihe des Spielzeuges noch weit ausdehnen. Wie der sozialdemokratische Arbeiter aber sich das Spielzeug "bei der Arbeit tätige Verbrecher" denkt, ist jedenfalls kein Geheimnis!

Ein Auguster Landtagsabgeordneter dürfte, so schreibt man den "A. N. R." aus Baden, wohl das Neueste sein, wonach der alte Ven. Klub wieder einmal abgeführt wird. In der badischen Abgeordnetenkammer brachte der sozialdemokratische Vizepräsident G. als Debatterender beim Budget des Innern einen Antrag der Mannheimer Polizeidirektion zur Sprache. Der Auf- und Gange entfällt in Baden immer auf den letzten Sonntag des Kirchenjahres und es ist üblich, daß bei den sonst keineswegs verbotenen Unterhaltungsconcerten auf diesen Tag im Programm Rücksicht genommen wird. Im Rosenpark, der städtischen Festhalle, wie das Programm Nummern von Wagner, Chopin und Thomas auf und die Polizeidirektion verlangte Abweisung dieser Nummern und brachte außerdem mit einem Verbot des Konzerts. Sofort wurde der Minister des Innern von der Rosenpark-Kommission antwortend und hieran antwortend meinte Herr Wed, der Minister hätte dem Mannheimer Polizeidirektor eine Instruktion geben sollen, die mit Worten begann, die er nicht sagen wollte, sie gingen aber nach der Melodie: "Ja, ja, ja, ja, ja" — und so sang der "rote Vize" unter stürmischer Beifall der Saales mit schöner, wohlklingender Stimme die Worte: "Du bist verrückt, mein Kind, du mußt nach Berlin!"

Zur Matinee von den Austritt aus der Landeskirche werden jetzt schon Werkstattversammlungen, wie man uns schreibt, benutzt. So stand kürzlich als 1. Punkt auf der Tagesordnung einer Werkstattversammlung einer Berliner Röhrenfabrik, einberufen vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, "Austritt aus der Landeskirche". Als der Leiter der Versammlung diese Tagesordnung bekannt machte und den dafür gewonnenen Vortragenden vorstellte, der auch Formulare usw. mitgebracht hatte, meldete sich ein Genosse, der wohl das Gefühl hatte, daß derartige nicht Aufgabe einer Werkstattversammlung sein könne, zum Wort und ergründete um Abhebung dieses Punktes von der Tagesordnung, da genug Werkstattangelegenheiten zu besprechen wären. Diesem Wunsch wurde dann als Folge gegeben. Aufgabe der christlich organisierten Kollegen ist es, die Werkstattversammlungen immer zu besuchen, um bei solchen Fällen energisch dagegen zu protestieren, daß Werkstattversammlungen von "freier" Seite dazu benutzt werden, um für "Moderne Identität" zu agitieren. Jeder christlich gesinnte Arbeiter aber lerne daraus, daß er sich nur in christlichen Gewerkschaften organisieren kann.

### Wittellungen des Zentralvorstandes.

Die Jahrestellen-Vorstände werden ersucht, die Karten für das Statistische Amt bis längstens 6. April abzusenden. Diejenigen Jahrestellen, die dieser kleinen Pflicht nicht nachkommen, werden in der nächsten Nummer unserer Zeitung veröffentlicht.

Auf der am Sonntag, den 18. März d. J. abgehaltenen Zentral-Vorstands-Sitzung wurde folgendes beschlossen: Die General-Versammlung unseres Verbandes findet im September d. J. in Köln statt.

Ferner hül. der Wahrheitsuntersuchung ist zu beachten, daß in derartigen Fällen am betreffenden Orte sich eine Kommission zu bilden hat, um den einzelnen Fall zu prüfen, und dem Zentral-Vorstand zu berichten. Begierter wird dann bestimmen und über die Höhe der event. Unterstützung entscheiden.

Die Firma Haake in Waldkirch i. W. ist gefordert.

### Aus den Jahrestellen.

Dresden. Am Sonntag, den 26. März hielten wir im Rinkenbergischen Saale unter dem Vorsitz unseres Kol. Willstein eine öffentliche Versammlung ab, in welcher unser Kollege R. Schwarz-Köln referierte. Derselbe begründete die Notwendigkeit unseres Verbandes 1. aus dem statistischen, 2. aus den Verhältnissen im allgemeinen wie im besonderen unseres Berufes, 3. wegen des Verhaltens der übrigen graphischen Verbände und schließlich aus der bisherigen Entwicklung unseres Verbandes. Die Herren Genossen, Buchdrucker, Lithographen, Steinbrucker und Buchbinder waren äußerst zahlreich vertreten und sprachen auch recht zahlreich und häufig. Obwohl sie selbst zugestehen mußten, daß an dem Referat unseres Kollegen Schwarz nichts auszusagen sei, so mußten doch allerlei sozialdemokratische Vorurteile erhalten, um den christlichen Gewerkschaften die Erstgenberechtigung abzuspüren. Allein sämtliche Diskussionen, die Hr. Wenz, Bergmann, Knoll, Frenken u. a. brachten nicht als leere Behauptungen und mußten sich gefallen lassen, daß sie von den Diskussionen unserer Kollegen Schönbrunner und Bauer gründlich abgeführt wurden. Schließlich rechnete Kollege Schwarz mit jedem einzelnen ab, und wies Punkt für Punkt nach, daß

die freien Gewerkschaften sozialdemokratisch seien, deren Partei bisher die Arbeiterinteressen nicht anders als durch großes Geschrei vertreten habe, er bewies ferner, daß die christl. Gewerkschaften von seiner Partei abhängig seien. Die Versammlung, auf die wir vielleicht noch einmal bez. wegen der wiederum bewiesenen "Neutralität" der in forcere anwesenden Herren Buchdrucker zurückkommen, behielt sich bis nachm. 3 Uhr aus. Waren auch unsere Mitglieder infolge eines Missverständnisses und des ganzen Aufgebotes der "Freien", unter Abstützung der Tisch-Dunder — ? in der Minderheit, so war doch entschieden der sozialistische Sieg auf unserer Seite.

Offen (Ruhr). Am Montag, den 12. März, fand unsere diesmonatliche Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Kartellbericht, 2. Vortrag des Kollegen Treffer über "Gewerkschaft und Lohnfrage", 3. Aufnahme neuer Mitglieder, 4. Verschiedenes. Der Vorsitzende führte zu Anfang der Versammlung aus, daß wir uns jetzt den Beschluß gefaßt, die Versammlung alle 4 Wochen abzuhalten, es auch Pflicht der Mitglieder sei, die Versammlungen pünktlich zu besuchen. Den Kartellbericht gab Kollege Matz. Derselben ist zu entnehmen, daß am Sonntag, den 1. April von seiten des Kartells ein Unterhaltungsabend mit dem Thema: "Der Frühling" veranstaltet wird. Sämtliche Punkte hier anzuführen, würde zu weit gehen. Es sei nur noch erwähnt, daß wir auch Stellung zu der Frage: Freier der Einführungsstelle in den einzelnen Gewerkschaften genommen haben. Sämtliche Kollegen erklärten sich mit der Abhaltung eines gemeinsamen Gewerkschaftsfestes einverstanden. Wegen vorgedachter Zeit, mußte Punkt 2 für die nächste Versammlung zurückgestellt werden. Punkt 3 wurde glatt vollzogen, und konnte Resonanz gemacht werden. Unter Punkt "Verschiedenes" wurde zunächst der Anschluß an die Zentral-Kartell-Zusuchstelle zur Diskussion gestellt. Der Erfolg der Diskussion war, daß sich mehrere Kollegen zum Beitritt meldeten. Nachdem dann der Vorsitzende nochmals auf das Eingangs gelesene hinwies, und dabei betonte, daß nur durch selbstlose, opferwillige und beharrliche Agitation unsere Reihen zu stärken seien, wurde die Versammlung geschlossen. Mit Mut voran!

Hamburg. Gute Fortschritte der christlichen Gewerkschaften konnte man aus dem Jahresbericht des Kartells Hamburg ersehen, welcher vom Vorsitzenden Vogler gegeben wurde. Das Berichtsjahr 1906-1907 war ein Jahr der Arbeit und des Fleißes, darum ist denn auch der Erfolg nicht ausbleiben. Sämtliche dem Kartell angeschlossene Zahlstellen konnten von einem Aufschwung berichten; die Mitgliederzahl verdoppelte sich gegenüber der Zahl des Vorjahres. Neue Zahlstellen wurden gegründet, so die der Bauhandwerker, der Hilfs- und Transportarbeiter und für das graphische Gewerbe. Vorträge wurden gehalten in konfessionellen Vereinen, doch konnte dort noch etwas mehr für die christlichen Gewerkschaften geschehen. Während der Wintermonate wurde ein sozialer Unterrichtskursus abgehalten, unter der vorzüglichen Leitung des Herrn Arbeitersekretärs Brandt, er erzielte sehr gute Erfolge. Im Lohnverweigerung waren beteiligt die Schneider, Hutarbeiter und Buchbinder, letztgenannte beide Gruppen erlangten nennenswerte Erfolge. Kräfte Fälle von Terrorismus seitens der Genossen mußten die Schneider und Bauhandwerker konsultieren. Die Beurteilung dieser Fälle in der Presse bewirkte wenigstens das Abweichen von Seiten der Gegner. Abgesehen nun diejenigen, die einer Organisation noch fernstehen, die Notwendigkeit derselben aber einsehen, sich den christlichen Gewerkschaften anschließen.

Kärnten. Am Samstag, den 10. März, fand Mitglieder-Versammlung statt, zu welcher sich auch Freunde unserer Sache als Gäste eingefunden hatten. Den Hauptangelegenheitspunkt bildete das Referat des Kol. Schulz über: "Die christlichen Gewerkschaften, ihre Zwecke und Ziele". Nachdem das Protokoll der Generalversammlung verlesen, beginnt der Referent seinen Vortrag. Derselbe geht aus von der Gründung der christlichen Gewerkschaften, bespricht den gegenwärtigen Stand, das Wachstum und die fernere Entwicklung derselben, sowie auch die Beziehungen zwischen ihnen und den freien Gewerkschaften, sodann auch ihr Verhältnis zu Kapitalismus, Staat und Gesellschaft und schließt mit warmen Worten an die Anwesenden, diese zu fleißiger Agitation aufzufordern. Nach sich anschließender kurzer Diskussion ermahnt nach der Referat die Kollegen in keinem Schlüsselwort, dem christlichen Ideal treu zu bleiben und nimmt dann Abschied, da er Kärnten verläßt. Die Kollegen wünschen ihm auch ein ferneres Wohlergehen.

Köln. Eine Ausstellung von Erzeugnissen der Druck- und Steinbruckererei, sowie aller graphischen und verwandten Gewerbe in Köln a. Rh., wird vom 1. April bis 31. Mai d. J. im Kunstgewerbe-Museum stattfinden. Die Ausstellung verfolgt hauptsächlich den Zweck, zu zeigen, was auf den angeführten Gebieten in Köln geleistet wird. Den Besuchern der Ausstellung werden sowohl fertige Erzeugnisse als auch der Gang der verschiedenen Verstellungsverfahren anschaulich vor Augen geführt, um sich von der Leistungsfähigkeit heiliger großer und kleiner Firmen und der hohen Entwidlungstufe der Buchdruckerkunst und dem Geschmack sowie der Güte der Erzeugnisse graphischer und verwandter Betriebe aller Art, die in Köln ihren Sitz haben, zu überzeugen.

### Literarisches.

Christlicher Arbeiterkatechismus. Unter diesem Titel ist soeben ein kleines Schriftchen erschienen, welches sich vorzüglich eignet als Agitations-Handbuch für christliche Arbeiter im Kampfe mit den Sozialdemokraten. Dasselbe behandelt in kurzer, präziser und schlagender Form die Antworten:

1. Warum kann und darf der christliche Arbeiter kein Sozialdemokrat sein?

2. Warum kann und darf der christliche Arbeiter nicht der "freien" Gewerkschaft angehören.

Das ganze Material ist sehr übersichtlich geordnet und ist das Schriftchen sowohl wegen seines vorzüglichen Inhalts als auch wegen seiner Billigkeit unseren Kollegen bestens zu empfehlen.

Der Verlag befindet sich in Händen des Herrn Verfassers Max Hauer, Buchbinder in Landau (Rheinpfalz). Der Preis eines Exemplares beträgt 20 Pf., bei Mehrabnahme billiger.

### Versammlungskalender.

Badern. Versammlungen finden alle 14 Tage im Restaurant "Domshöhe" Heiner Domplatz statt. Nächste Versammlung am 4. April, mit Vortrag über die "kulturelle Bedeutung der christl. Gewerkschaften", jährliches Erscheinen aller Kollegen wird erwartet.

Mahr. Samstag, den 7. April, abends 9 Uhr, Versammlung.

Köln. Samstag, den 7. April, abends 9 Uhr Versammlung "Im Dreieck", Streitzeuggasse Ecke Strebass. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Besprechung des Flugblattes, 3. Verschiedenes.

Waldkirch. Samstag, den 7. April, abends 8 1/2 Uhr, Wirtschaft zum "Möhren", Nebennummer.

Elberfeld. Samstag, den 31. März, Mitglieder-Versammlung bei Hest. Schmitt, früher Wolf, Friedr. richtstraße.

Barmen. Samstag, den 31. März (Hehr Elberfeld).

Krefeld. Mittwoch, den 4. April, Versammlung im Lokale "Reichshalle", Ecke Westwall und Kurze Straße, Beginn 9 Uhr.

Hagen, jeden letzten Samstag im Monat, abends 9 Uhr bei Pfeifer, Frankfurtstraße.

Münster. Jeden 3. Samstag im Monat.

München. Dienstag am 3. April.

Donaudorff. Jeden ersten Samstag im Monat, nächste Ver. 7. April.

Dülmen. Donnerstag, 5. April, Versammlung im Lokale Franz Spröbe.

Talbot. Jeden 2. Sonntag im Monat bei Aug. Becker, Kreuzstraße.

Waldkirch i. E. S. Versammlung jeden 1. Montag im Monat. Nächste Ver. 2. April.

## Kollegen, agitiert für unsern Verband!

†

Am Samstag, den 17. März, starb unser lieber Kollege

**Max Hauri,**  
Buchbinder.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
die Ortsgruppe Freiburg i. Br.

## Kostenfreier

Arbeitsnachweis für Buchbinder

**O. Th. Winckler**  
Leipzig

Seeburgstrasse 47,  
Papier- und Lederwaren  
Buchbindereibedarf

Einrichtungen  
für Laden und Werkstatt  
zu günstigsten Bedingungen

Verantwortlich: Jos. Hüllen, Köln-Ehrenfeld.  
Druck Köln-Ehrenfelder Handelsbruderei.